
KOLLEKTIVE KAPITALBETEILIGUNG IN SCHWEDEN

Rezension von: Michael Take, Die
Arbeitnehmerfonds in Schweden,
Campus-Verlag, Frankfurt, New York
1988, 290 Seiten, DM 52,-

In Österreich werden zur Zeit, nach langjähriger Zurückhaltung, überraschenderweise wieder Fragen der primären Einkommensverteilung und konkrete Maßnahmen der Verteilungspolitik diskutiert. Insbesondere aufgrund der Tatsache, daß hiezulande die Problematik ungleicher funktioneller und personeller Verteilung der Einkommen nie im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik gestanden hat, sondern bestenfalls sekundären Stellenwert hatte, ist dies sehr erfreulich und sowohl aus sozial- als auch aus strukturpolitischen Gründen begrüßenswert.

Dennoch fällt auf, daß Fragen der Vermögensverteilung in dieser Diskussion kaum Bedeutung haben. Dies, obwohl der Vermögensverteilung in wachsenden Wirtschaften gegenüber der Einkommensverteilung immer größere Wichtigkeit zukommt und zudem die Einkommen aus Besitz weitaus überdurchschnittliche Dynamik aufweisen.

In Schweden stand, in deutlichem Kontrast zur österreichischen wirtschaftspolitischen Konzeption, die Einkommens- und Vermögensverteilung immer im Mittelpunkt des Interesses. Eine „gerechte“ Verteilungssituation stellt zusammen mit Vollbeschäftigung das zentrale Ziel für die schwedische Wirtschafts- und Sozialpolitik dar.

Den wesentlichsten Ausdruck fin-

det dies in der Konzeption der „Solidarischen Lohnpolitik“: Nach dem Grundprinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sollen seit den 50er Jahren Lohndifferenzierungen nicht mehr nach der Ertragskraft der Betriebe, sondern nach der Art der Arbeitsaufgaben erfolgen. Diese, von der Arbeitergewerkschaft LO durchgesetzte Solidar-Politik führte zu einer weitgehenden Reduzierung der Lohndifferentiale zwischen Branchen, Regionen, Betrieben und Geschlechtern. Zusammen mit der aktiven Arbeitsmarktpolitik konnte im „Modell Schweden“ ein rascher Strukturwandel bei Vollbeschäftigung und Verteilungsverbesserungen erzielt werden.

Gleichzeitig schafft die Solidarische Lohnpolitik aber auch Probleme, als sie zu hohen Übergewinnen in den erfolgreichen Unternehmen führt; Übergewinne, die bei Abschöpfung durch einzelne Arbeitnehmer(gruppen) zu höherer Lohndrift bzw. zu Inflation und Entsolidarisierung bzw. bei Abschöpfung durch die Unternehmen zu weiterer Zunahme von Vermögens- und Machtkonzentration führen.

Aus dieser spezifischen Problematik der Einkommensverteilungskonzeption heraus entstand in Schweden zu Beginn der 70er Jahre innerhalb der LO unter Federführung von Rudolf Meidner die Idee einer kollektiven Abschöpfung der Übergewinne durch Arbeitnehmerfonds („löntagarfonder“). Neben diesem Ziel der Gewinnenteilung als Ergänzung der Solidarischen Lohnpolitik sollten die Fonds auch zu einem Ausgleich der Vermögensverteilung und zu einer Erweiterung der Unternehmensdemokratie führen.

Das Ringen um die Einführung einer kollektiven Kapitalbeteiligung in Arbeitnehmerhand spielte eine zentrale Rolle in der politischen Auseinandersetzung in Schweden, bis schließlich im Herbst 1983 nach dem Wahlsieg der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter Olof Palme die gesetzliche Einführung von Arbeitnehmer-

fonds zum 1. Jänner 1984, allerdings in äußerst abgewandelter und „entschärfter“ Form, beschlossen wurde.

Michael Take versucht in seiner Dissertation „Die Arbeitnehmerfonds in Schweden“ die Entwicklung der Fonds, ihre (theoretischen) Begründungsversuche und ihre Wirkungen nachzuzeichnen.

In Kapitel 2 der Arbeit erfolgt in knapper Form die Einbettung der Fondsidee ins schwedische Modell und die Darstellung der, mit äußerster Heftigkeit geführten, Auseinandersetzungen rund um die Fonds. Vor allem der Hinweis auf die engen Verbindungen zu Konzeption und Einführung des Zusatzrentensystems Ende der 50er Jahre ist hier zentral. Denn schon die „Allmän Tilläggspension“ (neben der allgemeinen Volkspension AFP) verfolgte mit ihrer Schaffung eines kollektiven Fondsvermögens mit wesentlicher Funktion der Risikokapitalbereitstellung eine den Arbeitnehmerfonds ähnliche Zielsetzung. Zudem ist die aktuelle Form der Arbeitnehmerfonds eng mit den Pensionsfonds verknüpft, etwa über eine 3prozentige Rendite, die jährlich zur langfristigen Sicherung des Pensionssystems abzuführen ist.

In Kapitel 3 und 4 diskutiert Take unterschiedliche theoretische Begründungsansätze für Kapitalbeteiligungen. Ein Zusammenhang mit der schwedischen Form kollektiver Kapitalbeteiligung kann aber, abgesehen vom Demokratisierungsziel, das in der ursprünglich von Meidners Arbeitsgruppe vorgelegten Konzeption eine wesentliche Rolle spielte, hier kaum konstatiert werden. Die schwedischen Arbeitnehmerfonds finden ihre Begründung viel mehr – sehr pragmatisch – zum einen im schon dargestellten Zusammenhang mit der Solidarischen Lohnpolitik, zum anderen in der polit-ökonomischen Entwicklung der 80er Jahre: Nach der neuerlichen Regierungsübernahme starteten die Sozialdemokraten ein gesamtwirtschaftliches Sanierungs- und Dynamisierungsprogramm, das seinen An-

satzpunkt in einer offensiven Abwertung 1982 hatte. Diese Abwertung brachte aber notwendigerweise, als ihre export- und wachstumsfördernde Wirkung nicht in Inflation verpuffen sollte, Reallohnverluste mit sich. Diese wiederum akzeptierten die Gewerkschaften in einer auf die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung gerichteten Strategie. Ein wesentliches Mittel zur Erreichung der gewerkschaftlichen Akzeptanz dieser Konzeption war die Erfüllung der langjährigen gewerkschaftlichen Forderungen nach Einführung der Arbeitnehmerfonds.

Wenn Take die Wirkungen der Arbeitnehmerfonds diskutiert, ist es wichtig, auf die Größenordnungen hinzuweisen: Das Fondsvermögen, das in Aktien angelegt ist, erreicht 1990 einen Anteil am gesamten Börsenwert aller Aktien von 4 Prozent. (In diesem Zusammenhang ist auf den äußerst hohen Anteil der institutionellen Anleger – Pensionsfonds, Arbeitnehmerfonds, Versicherungen – am schwedischen Kapitalmarkt hinzuweisen.) Zudem verfolgen die Fonds, auch aufgrund ihrer vorgeschriebenen Renditeabfuhr an die Pensionsfonds, eine sehr „neutrale“ Anlagepolitik.

Take untersucht Wirkungen der Arbeitnehmerfonds auf verschiedene Teilbereiche des schwedischen Sozialsystems, etwa die korporatistische Verfassung. Im Bereich der Vermögensverteilung konstatiert er eher marginale Wirkungen. Vielleicht sind in diesem Bereich die Arbeitnehmerfonds aber nur als ein Teil einer in Schweden generell größeren Aufmerksamkeit gegenüber der Problematik der ungleichen Vermögensverteilung zu sehen, wenn man etwa an die Einführung einer staatlichen Grundsteuer 1985 oder an die deutlichen Aufkommenssteigerungen bei der Vermögensteuer während der 80er Jahre denkt.

Die schwedischen Arbeitnehmerfonds, deren Kapitel heute insofern zumindest vorläufig als abgeschlossen

zu betrachten ist, als die Kapitalzufuhr aus Gewinnsteuern und höheren Pensionsbeiträgen mit Jänner 1990 ausgelaufen ist und die Fonds seit diesem Zeitpunkt nur mehr mit dem bisher angesparten Vermögen arbeiten, stellen einen weiteren Beweis für die innovativen Fähigkeiten der schwedischen Politikkonzeption dar. Für Österreich lassen sich in diesem Zusammenhang mehrere Hinweise generieren.

Zum ersten könnte in einer Zeit, in der bei diversen Privatisierungsaktionen und Börseneinführungen der individuellen Mitarbeiterbeteiligung und damit auch ihrer Problematik (Verbindung von Arbeitsplatz- und Vermögensrisiko und Entsolidarisie-

rung) verstärkte Bedeutung zukommt, die Idee einer kollektiven Form der Kapitalbeteiligung eine interessante Alternative darstellen.

Zum zweiten kann das schwedische Pensionsmodell mit seinem Zusammenhang zu kollektiven Sparformen ein interessantes Referenzmodell für die aktuellen österreichischen Diskussionen um die Einführung einer zweiten Säule über Pensionskassen sein.

Last but not least würde auch für Österreich eine ausführliche und gründliche Diskussion über die aktuelle Vermögensverteilung und deren engen Zusammenhang mit der Einkommensverteilung wünschenswert sein.

Markus Marterbauer